Sitzungsvorlage
Antrag

Nr.: 2010/387/1
AKTUALISIERT

Antrag der Gruppe X vom 22.11.2010: Castor 2010		
Kreisausschuss	07.02.2011	TOP
Kreistag	14.02.2011	TOP

Mit Eingang vom 22.11.2010 beantragte und begründete KTA Herzog im Namen der Gruppe X folgenden Tagesordnungspunkt:

Castor 2010

Begründung: Auf Grund diverser Vorfälle wie Hausdurchsuchungen ohne Durchsuchungsbefehl, Verhängung von Ausgangssperren, Festsetzung von 1500 Gefangenen in einer Freiluft-GESA ohne Einhaltung rechtlicher Vorgaben, Einsatz von ausländischen Polizeikräften, unverhältnismäßiger Einsatz von CS-Gas etc. muss der Kreistag eine Stellungnahme erarbeiten.

Am 10.12.2010 reichte KTA Donat folgenden Beschlussvorschlag mit weiterer Begründung nach:

da beim letzten Kreisausschuss trotz mündlichem Vortrag, Verlesen der Beschlussvorschläge und schriftlicher Vorlage die Forderung erhoben wurde, die Beschlussvorschläge noch einmal maschinenschriftlich vorzulegen, übermittle ich diese hiermit:

a) 2010/387

"Der Kreistag kritisiert aufs Schärfste den ausufernden Polizeieinsatz beim Castortransport im November 2010.
Der Kreistag stellt fest, dass die Einsatzkräfte teilweise weit über die höchstzulässigen Dienstzeiten im Einsatz waren.
Der Kreistag erachtet den Polizeieinsatz in weiten Teilen für völlig unverhältnismäßig.
- Demonstranten wurden bereits weir außerhalb der Versammlungsverbotzonen mit Kampfgas, Hunden, Pferdestaffeln und dem Einsatz von Polizeiknüppeln angegriffen.
- Der Einsatz von über 1900 Kartuschen Pfefferspray und CS- Gas übersteigt jedes verhältnismäßige Maß und gefährdet in unverantwortlicher Weise die Gesundheit der Menschen. Der Einsatz gesundheitsschädlicher Kampfgase gegen Menschen ist unverzüglich zu beenden!
- Bewusste Inkaufnahme schwerer Verletzungen durch den Einsatz von Pfefferspray gegen Baumkletterer und unterlassene Hilfeleistung nach deren Verletzung
- Massenhafte Anwendung von Schmerzgriffen
- Über 1000 Verletzte sind vor dem Hintergrund der gewaltfreien und phantasievollen Demonstrationsformen der Bevölkerung nicht mehr hinnehmbar.
- Massenhafte stundenlange Ingewahrsamnahmen im Freien bei Minusgraden ohne ausreichende humanitäre Versorgung und ohne richterliche Überprüfung
- Hausdurchsuchungen ohne richterliche Anordnung
- Mutwillige Zerstörung und Beschädigung an beschlagnahmten landwirtschaftlichen Nutzfahrzeugen
- Behinderung des Zugangs von angemeldeten und genehmigten Mahnwachen und deren zeitweise polizeiliche Umzingelung
Der Kreistag kritisiert weiterhin die zeitweise vollständige Abriegelung von Dörfern und ganzen Gemeinden im Landkreis Lüchow- Dannenberg.
Der Kreistag fordert Innenminister Schönemann und Einsatzleiter Niehörster zur vollständigen rückhaltslosen Aufklärung der Vorkommnisse und weitreichenden Konsequenzen für die Zukunft auf.

B) Weiterhin den Beschlussvorschlag des Ausschusses Atoanlagen (letzter Satz unter 2010/329): **Aufgrund der Erfahrungen bei allen vergangenen Transporten werden die Verantwortlichen aufgefordert, Polizeibeamte mindestens durch deutlich sichtbare Nummernkennzeichnungen für den Fall von Gesetzesverstößen identifizierbar zu machen."**

C) 2010/329:

Wir beantragen, dem Beschlussvorschlag des Ausschusses Atomanlagen zu folgen, aber die bereits durch Zeitablauf überholten Inhalte wegzulassen:

"Der abermalige Transport von hochradioaktiven abgebrannten Brennelementen quer durch die Republik und durch den Landkreis Lüchow-Dannenberg ist unnötig und gefährdet in unverantwortlicher Weise die Sicherheit der Bevölkerung.

Der Kreistag leugnet nicht die nationale Verantwortung Deutschlands zur Rücknahme der von deutschen Energiekonzernen produzierten und exportierten Industrieabfälle. Die Verbringung in eine nicht gegen Flugzeugabstürze gesicherte Aufbewahrungshalle im Landkreis Lüchow-Dannenberg trägt jedoch nichts zur sicheren Entsorgung dieser Abfälle bei, sondern schafft ausschließlich Fakten am zur Endlagerung ungeeigneten Standort Gorleben. Der Kreistag geht weiterhin davon aus, dass erneute Transporte zu einem zukünftigen Endlagerstandort erforderlich werden, wenn auch die politisch Verantwortlichen die Nichteignung des Salzstocks Gorleben erkannt haben.

Der Kreistag kritisiert aufs Schärfste, dass auch bei diesem Transport die von der Strahlenschutzverordnung geforderte und technisch mögliche Minimierung der Strahlenbelastung für Einsatzkräfte und Anwohner nicht erfolgt.

Der Kreistag erneuert seine Forderung, die Qualitätsfaktoren für die Neutronenstrahlung neuesten internationalen Erkenntnissen anzupassen und geeignete Maßnahmen zur Minimierung der Strahlenbelastung zu treffen."

D) 2010/336

"Der Kreistag stellt fest, dass es keine Alternativpläne für den Fall unvorhergesehener Ereignisse, wie Grenzwertüberschreitungen zu hohe Wärmeentwicklung oder schwerwiegende Unfälle bei den Castortransporten gibt. Es gibt weiterhin über die allgemeinen Vorkehrungen im Katastrophenschutzplan hinaus keine speziellen Vorbereitungen für diese Fälle und auch keine genehmigte Rücktransportstrecke oder einen alternativen Zielort."

Stellungnahme der Verwaltung:

In der Kreisausschusssitzung am 06.12.2010 (TOP 4 - Ursprungsvorlage 2010/387) wurde die Begründung von KTA Herzog vom 22.11.2010 als Beschluss gefasst mit 6 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und einer Enthaltung.

Die Teile B, C und D og. Beschlussvorschlages wurden empfohlen mit 6 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und einer Enthaltung in der Kreisausschusssitzung am 06.12.2010 (zu TOP 4 - Ursprungsvorlagen 2010/229 + 2010/336)

Der Kreisausschuss muss in seiner Sitzung am 07.02.2011 daher lediglich noch den Beschlussteil A vorbereiten.
--

Diese Vorlage dient lediglich der Sitzungsökonomie und stellt eine Übersicht und Zusammenfassung des Antrages unter den Ursprungsvorlagen 2010/387, 2010/329 und 2010/336 dar.